

Demokratie braucht Zivilcourage

von

Jüri Martinsen

Im Jahr 1955 veröffentlichte der damalige Senator von Massachusetts, John F. Kennedy das Buch *Profiles in Courage* (deutscher Titel: *Zivilcourage*), für das er mit dem Pulitzer Preis ausgezeichnet wurde. Kennedy schildert in diesem Buch acht Senatoren der USA, die sich in wichtigen Entscheidungen gegen ihre Partei oder die öffentliche Meinung entschieden, weil sie die Zivilcourage hatten, ihr Gewissen über politische Opportunität zu stellen. Kennedy wurde 1960 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt – nicht zuletzt auch wegen seines Buchs. Die Reihe der acht biographischen Essays beginnt mit John Quincy Adams und endet mit Robert A. Taft. Es ist eine illustre Gesellschaft, die Kennedy in seinem Buch beschreibt, um zu belegen, daß Integrität und Zivilcourage zu den wichtigsten Eigenschaften eines Politikers gehören. Dabei stellt er die beschriebenen Personen durchaus auch als Beispiele für alle Bürgerinnen und Bürger dar.

Die amerikanische Verfassung, die den Rahmen für das politische Handeln der Acht setzte, ist bis heute weitgehend unverändert. Die Verfassungswirklichkeit jedoch hat sich verändert. Das wunderbare System von „checks and balances“, das die Gründerväter der amerikanischen Verfassung geschaffen haben, geht von einem kleinen, leicht überschaubaren Regierungsapparat aus, dessen Handeln immer offenbar ist. Heute jedoch sind Regierungen überall auf dieser Welt komplexe Labyrinth von Ministerien und nachgeordneten Behörden und selbst die Abgeordneten, die als Berufspolitiker Regierungen kontrollieren sollen, tun sich schwer, ihren Verfassungsauftrag voll und ganz zu erfüllen. Das ist in USA nicht anders wie in vielen anderen westlichen Demokratien auch.

Nachdem der Whistleblower Robert Snowden den NSA-Abhörskandal ins Rollen gebracht hat, kommt ein pikantes Detail nach dem nächsten ans Licht der erstaunten Öffentlichkeit. Es ist eine lange Kette von Einzelheiten, die ein erschreckendes Bild ergeben. Verbündete Geheimdienste haben ein dichtes Netz gesponnen und wenn einer nicht abhören darf, weil es ihm das Gesetz verbietet, macht es halt der Andere für ihn. Man ist an das alte Sprichwort erinnert: „Wenn die Barbieri nichts zu tun haben, rasieren sie sich gegenseitig!“ Nur ist eben in diesem Fall der Bürger der Eingeseifte, weil seine Bürgerrechte durch fremde (und auch eigene?) Geheimdienste mit Füßen getreten worden sind. Selbst der Außenminister der USA, John Kerry (früher übrigens auch ein Senator von Massachusetts), mußte zerknirscht einräumen, daß die Dienste wohl auf „Autopilot“ unterwegs waren. Im Klartext heißt das, alles abgehört wurde, was abgehört werden konnte und niemand darauf geachtet hat, ob dieses Treiben verfassungsgemäß oder verhältnismäßig war.

Senatoren und Abgeordnete alleine genügen offenbar nicht, um dem Wildwuchs der Geheimdienste Schranken zu setzen. Ab und zu bedarf es eines Whistleblowers wie Edward Snowden, um die „checks and balances“ wieder zum Funktionieren zu bringen und die Verfassung gegen die Umtriebe der Geheimdienste in Schutz zu nehmen.

Wenn John F. Kennedy heute eine „2., verbesserte Auflage“ seines Buches herausgeben würde, müsste er nicht Edward Snowden ein Kapitel widmen?

Jüri Martinsen, 10.11.2013

Diplomat, Politologe, Journalist
Eyes of Europe Essayist und Zeitzeuge seit 2001 / 2002